



Der Rundbrief

für ver.di Aktive im OV Saar

Nr. 2/24 (8) am 26.02.24

ver.di ruft am 3. Februar nach Saarbrücken

Gewerkschafter im Schloss

Viele waren am 25. Januar gekommen. Der ver.di-Bezirk in der Region Saar Trier hatte zum Neujahrsempfang geladen. Neben einem Rückblick auf das vergangene Jahr erfolgte die Einstellung auf ein kämpferisches 2024. Für den 3. Februar wurde zu einer Kundgebung „Bunt statt Braun“ nach Saarbrücken aufgerufen.

Die Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrates Lisette Hörig konnte am späten Nachmittag des 25. Januar zahlreiche Gäste im Saarbrücker Schloss zum traditionellen Neujahrsempfang begrüßen. Auch viele Mitglieder des Ortsvereins Saar waren gekommen und stießen gemeinsam bei Frikadelle, Schnitzel und vegetarischen Happen auf das neue Jahr an.



Unser Vorsitzender Rainer Tobae verteilte an die Gäste den Aufruf des Ortsvereins zum Ostermarsch 24 in Saarbrücken und auf der Rückseite des Flyers eine kleine Werbung für die Veranstaltungen von ver.di-Saar: Bei uns kann man mitmachen.

Lisette Hörig beschrieb die aktuellen Aufgaben der ver.dianerinnen und ver.dianer und würdigte die Kämpfe des vergangenen Jahres. Dabei war ihr besonders wichtig herauszuarbeiten,

dass man seine Interessen selbst in die Hand nehmen müsse. Stellvertreterpolitik sei nicht mehr zeitgemäß. Mit deutlichen Worten forderte sie auch von den Verantwortlichen im Bund und Land eine andere Politik. Es wäre



an der Zeit, nicht länger immer nach unten zu treten. Man müsse mehr nach oben schauen, wo die Gewinner der Krise immer reicher werden, während die Abgehängten immer ärmer würden. Der Beifall der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter war ihr sicher.



Als Gast waren auch zwei Minister der Landesregierung zum Neujahrsempfang gekommen: Innenminister Reinhold Jost und Gesundheitsminister Magnus Jung. Reinhold

Jost, dem es wichtig war, seine ver.di-Mitgliedschaft zu betonen. Er befasste sich mit der Rechtsentwicklung im Land und rief zur Verteidigung der Demokratie auf, wobei der stattfindende rechte Staatsumbau keine Erwähnung



fand. So war das Rückführungsverbesserungsgesetz kein Thema.

Schließlich sprach der Bezirksgeschäftsführer Thomas Müller. Er konnte stolz von sehr erfolgreichen Tarifikämpfen berichten und feststellen, dass ver.di erstmals seit Jahren auch netto gewachsen sei. Es hätte keinen Tag ohne Arbeitskampf gegeben. Er verschwieg auch nicht Probleme, so ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen im Handel zu einem Tarifvertrag zu kommen. Er stellte die Kolleginnen und Kollegen auf künftige Auseinandersetzungen ein, so beginne man



demnächst mit einer Befragung der Mitglieder des öffentlichen Dienstes in Kommunen und Bund zu den Forderungen in der künftigen Tarifrunde. Inhaltlich will man die Mitglieder zur Problematik Arbeitszeitverkürzung befragen.

Alexander Jost vom DGB warb für die Kundgebung „Bunt statt Braun“ am Samstag, 3. Februar 2024, um 15 Uhr auf dem Ludwigsplatz in Saarbrücken.

Das Saarland stehe für Vielfalt und Demokratie. Dies wolle man aus gewerkschaftlicher Sicht deutlich machen.

Man sieht sich am 3.2.

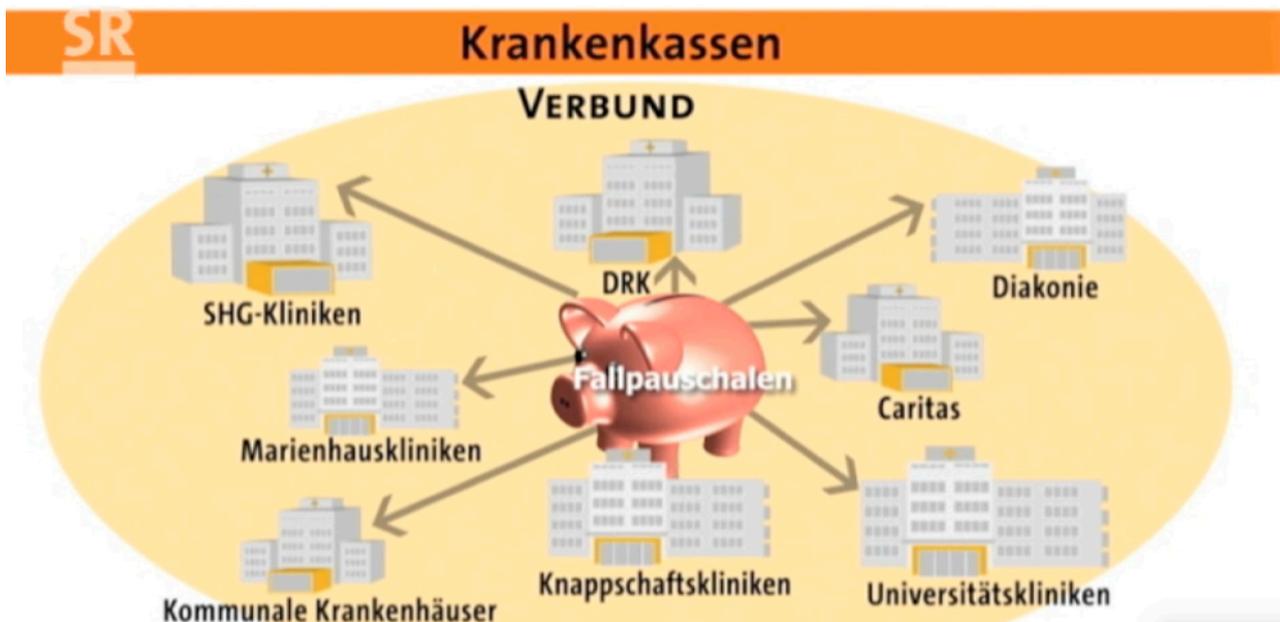


Expertenrat des Gesundheitsministers ohne ver.di

ver.di-Saar für Verbundklinikum Saar

Der Vorsitzende des Ortsvereins Saar der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Rainer Tobae, hatte beim Jahresauftakt der Gewerkschaft die Bildung eines Expertenrates durch das saarländische Gesundheitsministerium scharf kritisiert.

zuzugehen, ist eine Missachtung der gewerkschaftlichen Vorschläge," stellte Tobae fest. Der ver.di-Vorschlag hat das Ziel, die Daseinsvorsorge zu sichern, die derzeitigen Konkurrenten auf ungewöhnliche Art und Weise zu vereinen, die Personalnot zu beseitigen und eine



Vor zehn Jahren entwickelte ver.di das Konzept eines Verbundklinikums Saar. Der Saarländische Rundfunk berichtete.

Gesundheitsminister Magnus Jung hat eine Expertenkommission präsentiert, die ihn bei der Erstellung des neuen Krankenhausplanes beraten wird. Dabei wurden nur Mitglieder benannt, die seit Jahren die Unterordnung des Gesundheitswesens unter den Markt betrieben hätten. Tobae kritisierte weiterhin, dass kein Gewerkschafter für den Expertenrat benannt wurde. ver.di hatte schon vor Jahren unter der Leitung des ehemaligen ver.di-Pflegebeauftragten Michael Quetting ein umfangreiches Konzept für

demokratische Aufsicht zu gewährleisten.

Der Krankenhausplan müsse sich an dem Bedarf messen lassen und nicht einfach immer nur das nachzeichnen, was die einzelnen Träger vorgeben. Um den Bedarf zu ermitteln bedürfe es demokratischer Strukturen, auch müssten die Beschäftigten mit einbezogen werden. Es sei schon ein Trauerspiel, dass weder Pflegepersonen noch Mediziner oder auch aktive Beschäftigte aus den Krankenhäusern in dieser Kommission mitarbeiten würden.

Es wird seitens ver.di-Saar befürchtet, dass der derzeitige Zustand sich verfestigen wird und die Krankenhäuser in die Insolvenz getrieben werden.



ein Verbundklinikum Saar in demokratischer Kontrolle vorgelegt. „Einfach darüber hinweg-



Die weiterentwickelte Pflegepersonalregelung PPR 2.0:

Es geht um Personalbemessung

Jetzt kommt es darauf an, eine Krankenhausreform auf den Weg zu bringen, die diese Bezeichnung verdient, so die Meinung der Kolleginnen im Fachbereich Gesundheit, Soziale

an die Rechtsverordnung stellt, die die Einführung regeln soll.

Eine zentrale Forderung ist, dass spätestens ab 2025 bundesweit einheitliche Mindesterfüllungsgrade in den Krankenhäusern wirken – und dass Verstöße dagegen sanktioniert werden, am besten in Form von Leistungsreduktion. Auszubildende und Studierende dürften nicht auf den Erfüllungsgrad des auf Grundlage der PPR 2.0 erhobenen Pflegeversorgungsbedarfs angerechnet werden. Das Personal für Ausbildung, Praxisanleitung inklusive Vor- und Nachbereitung und Qualifizierung müsse in der Berechnung des Pflegepersonalbedarfs zusätzlich angemessen berücksichtigt werden.



Dienste, Bildung und Wissenschaft. Eine echte Revolution, die die Daseinsvorsorge stärkt und die Rahmenbedingungen für die Arbeit im Gesundheitswesen verbessert, das hat der Gesundheitsminister versprochen, aber angesichts der zahlreichen Konfliktlinien zwischen den beteiligten Akteuren erscheint der Bedarf nach konsensfähigen Lösungen immens. Zu befürchten ist ein Kliniksterben.

Gebraucht wird dringend Geld, das geht nicht ohne zusätzliche Mittel vom Bund für den Umbau. Dabei darf nicht die unter Druck stehende GKV zum Ausfallbürgen gemacht werden. Und auch das Land ist gefordert. Ohne genügend Geld für Investitionen wird das nichts mit der Transformation, denn das Gesundheitswesen gehört auch zu diesem Prozess.

Und dann sind da die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten. Dafür kämpfen wir seit gut zehn Jahren. Wer eine bedarfsgerechte Versorgung will, muss auch was für die Beschäftigten tun. Und sie müssen auch beteiligt werden.

Transparent und konsequent – so soll die PPR 2.0 nach dem Willen von ver.di eingeführt werden. „Wir haben viele Jahre für bedarfsgerechte Personalvorgaben im Krankenhaus gekämpft. Die PPR 2.0 haben wir mit entwickelt. Und jetzt achten wir darauf, dass die Personalbemessung in der Krankenhauspflege gut und konsequent umgesetzt wird“, betont Grit Genster, die den ver.di-Bereich Gesundheitspolitik leitet. In einem Positionspapier hat die Gewerkschaft auf den Punkt gebracht, welche Anforderungen sie

Im Positionspapier wird betont, dass angesichts steigender Anforderungen eine hohe Fachlichkeit gegeben sein muss. Hilfs- und Assistenzkräfte könnten eine wichtige Ergänzung sein, zentral sei jedoch der Einsatz von Pflegefachpersonen. Dies



setze eine bedarfsgerechte Personalbemessungsberechnung für Pflegefachpersonen voraus.

ver.di will, dass PPR 2. schnell, verbindlich und transparent umgesetzt wird. Und perspektivisch braucht es für alle anderen Beschäftigtengruppen bedarfsgerechte Personalvorgaben und eine volle Finanzierung der Kosten. Hier der Link zum Positionspapier. [Download](#)

2.2.24: Busfahrt und Aktion aus Solidarität

Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV gehören zusammen

Wir unterstützen die Kollegen im Kampf für den Tarifvertrag Nahverkehr. Wie schon im letzten Rundbrief angekündigt begleiten wir unsere streikenden Kolleginnen und Kollegen zu einer spektakulären Aktion in Mainz am Rhein.

Es geht um die Arbeitsbedingungen im kommunalen Nahverkehr, das heißt um die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungen, der Werkstätten und des Fahrpersonals aus den Betrieben Saarbahn und Saarbahn Netz Saarbrücken, NVG Neunkirchen, KVS Saarlouis und



der VVB Völklingen. Die bisherigen Entgelt- und Manteltarifverträge des TV-N Saar sind gekündigt.

Der alarmierende Fachkräftemangel, der zu zahlreichen Ausfällen täglich führt und die daraus resultierende Überbelastung der Kolleginnen und Kollegen, die durch viele Überstunden und wenig genehmigtem Urlaub den ÖPNV im Saarland am Laufen halten, werden das bisherige System auf Dauer zum Kollaps bringen. Zur Verbesserung der Situation fordern die Kolleginnen und Kollegen:

1. Neue Entgelttabelle mit durchschnittlich ca. 500,- € mehr Lohn
2. Neue Entgeltordnung mit besseren Eingruppierungen der Werkstatt und Verwaltung
3. Haustarifvertragsbeschäftigte können in den TV-N wechseln
 - a. Mehr Zulagen
 - b. Weniger ZVK
 - c. Besitzstand bleibt
4. 50% Urlaubsgeld vom Bruttomonatsentgelt einmal im Jahr für alle
5. Maximaler Pausenabzug reduzieren auf 30 Minuten pro Schicht
6. 25,- € pro geteilten Dienst
7. Schichtzulage von 100,- € pro Monat für alle
8. Ruhetagsleistung wird mit 100,- € pro

Schicht vergütet

9. Samstagsarbeitszuschlag von 30%

10. Krankengeldzuschuss bis zu 33 Wochen

Wir vom Ortsverein sind solidarisch und unterstützen die streikenden Kolleginnen und Kollegen am Freitag, 2. Februar. Wer mitfahren will und Abfahrtszeit (früh) und Abfahrtsort in Saarbrücken erfahren will, melde sich bei Michael.Quetting.de

Wir meinen: Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV gehören zusammen!

Erinnerung:

Alex Sauer kommt

Auf unserem nächsten Treffen im Februar
am

**Donnerstag, 15.2.24
um 18:00 Uhr**

im ver.di-Haus in Saarbrücken erwarten
wir den Kollegen

Gewerkschaftssekretär
Alex Sauer.

Er berichtet vom Kampf für
Tarifverträge im Handel.

66,51 % dafür

**Tarifeinigung TdL
endgültig angenommen**

Nach der Einigung wurde in den Betrieben über die Details des Kompromisses informiert und breit diskutiert. Weil jede Stimme zählt, hatten die ver.di-Mitglieder bis zum 12. Januar die Möglichkeit, sich an der Befragung zur Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst der Länder zu beteiligen. Am 16. Januar hat die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst (BTK öD) die Ergebnisse der Mitgliederbefragung ausgewertet. Demnach haben 66,51 Prozent der Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, der Einigung zugestimmt. Dem entsprechend hat die BTK öD grünes Licht gegeben und der Tarifeinigung abschließend zugestimmt.

Demos im Saarland:

Zehntausende gegen Faschismus

Wie in anderen Städten demonstrieren auch in Saarbrücken schon mehrmals tausende Menschen für „Vielfalt und gegen Faschismus“. Anlass sind Enthüllungen des Recherche-Netzwerks „Correctiv“ über ein Treffen, bei dem u.a. AfD-Mitglieder, Wirtschaftsvertreter und auch CDUler mit Rechtsextremen Pläne geschmiedet haben sollen, um Menschen mit Migrationshintergrund zu vertreiben. Unter den Demonstranten auch Aktivistinnen und Aktivisten der Gewerkschaft ver.di.

Der saarländische AfD-Landesvorsitzende Carsten Becker versuchte, die Correctiv-Recherchen herunterzuspielen. Im Sommer war Becker selbst bei einer Schulveranstaltung in Saarlouis mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Unser Volk zuerst. Autarkie – Souveränität – Remigration“ aufgetreten, dem Titel einer Kampagne der Identitären Bewegung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Saarland

sagte DGB-Saar-Kollege Timo Ahr. Die Pläne der AfD bedeuteten eine existenzielle Bedrohung für mehr als ein Viertel der deutschen Bevölkerung. Laut statistischem Bundesamt hatten im Jahr 2022 in Deutschland 23,8 Millionen Menschen und somit 28,7 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Diese 23,8 Millionen Menschen will die AfD aus Deutschland vertreiben, was der Landesvorsitzende der AfD auch gar nicht leugnet. Dabei geht es um jede und jeden, der oder die in irgendeiner Weise Migrationshintergrund besitzt. Damit ist die Existenz unzähliger Menschen in unser aller direktem Umfeld bedroht.

Kollege Ahr kündigte an, das Aktionsbündnis „BUNT statt BRAUN“ unter Federführung des DGB im Saarland zu reaktivieren. So geschah es. Timo Ahr wörtlich: „Die Bedrohung von Rechts war seit langem nicht so groß wie in diesen Zeiten. Doch: Wir sind die Mehrheit, wir



übte heftige Kritik an dem Versuch der Verharmlosung durch Becker.

"Wer wie die AfD den rechtsextremen Kampfbegriff der Remigration verwendet, ... der legt ganz konkret Hand an unsere Demokratie,"

sind die Zukunft, und gemeinsam werden wir rechtsextreme Bestrebungen öffentlich machen und als demokratiefeindlich enttarnen."

Wir sehen uns am 3. Februar um 15 Uhr in Saarbrücken auf dem Ludwigsplatz!

Ein Zwischenruf:

Wie kämpfen wir gegen rechts?

Hunderttausende sind auf den Straßen. Wir wollen ein Deutschland ohne Rassismus. Das ist gut.

Aber wir sollten auch bedenken: Der rechte Staatsumbau begann nicht erst gestern. Was tun wir gegen zehntausende Tote im Mittelmeer? Während gegen die AfD demonstriert wird beschloss die Koalition im Bundestag das „Rückführungsverbesserungsgesetz“. Wie sagte doch der Bundeskanzler im „Spiegel“? „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Im Gegensatz zur AfD braucht die Bundesregierung kein Geheimtreffen, um die massenhafte Entrechtung von Menschen zu diskutieren, sie schlägt das einfach als Gesetz vor, so kommentiert Sea-Watch-Sprecher Oliver Kulikowski die Situation. Die Nazis reden von Remigration. Ein Wort der Beschönigung und Verharmlosung. Die Regierung spricht von Rückführungsverbesserung und die CDU will alle Geflüchtete, die in der EU einen Asylantrag stellen, in „sichere Drittstaaten“ überführen. So steht es im aktuellen Grundsatzpapierentwurf. Vielfalt und Demokratie ist was anderes.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich auf einen Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 geeinigt. Beschlossen wurden die schrittweise Abschaffung des sogenannten Agrardiesels in der Landwirtschaft, verschärfte Sanktionen beim Bürgergeld sowie Rekord-Rüstungsausgaben. Die Schuldenbremse will die Ampel-Koalition beibehalten. Sie könne laut einer Verabredung der Koalitionäre jedoch ausgesetzt werden, wenn sich die militärische Lage in der Ukraine „wesentlich“ verschlechtere. Eine genauere Definition dieses Sonderfalls wurde öffentlich nicht vorgenommen.

Gegen rechte Politik zu sein, ist mehr als die AfD als reaktionäre Partei mit faschistischen Flügel zu bekämpfen. Es geht um Inhalte. Die vielzitierte starke Schulter müssen mehr von den Lasten tragen. Wer Sozialabbau betreibt ist reaktionär und stärkt die Rechten. Wer prekäre Arbeitsverhältnisse schafft macht sich mitschuldig. Unsere Schulen verkommen, es gibt zu wenig Erzieherinnen und Lehrer. Die Krankenhäuser stehen vor der Insolvenz. Der ÖPNV ist nicht auf der Höhe der Zeit. Und wir sollen nichts Besseres zu tun haben als kriegstüchtig zu werden. Jetzt wurde der Haushalt zusammengestrichen, notwendige Investitionen werden nicht getätigt, gegen die Klimakatastrophe und für den nötigen Umbau fehlt es an Mitteln und gleichzeitig haben wir uns mit dem Wirtschaftskrieg gegenüber Russland selbst ein

Bein gestellt. Der Krieg in der Ukraine ist zum Stellungskrieg geworden, im Osten nichts Neues. Krise und Krieg ist der Dung für reaktionäre Ideen und Taten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass unser antifaschistische Erbe einfach instrumentalisiert wird, sonst besorgen wir unbewusst das Geschäft der AfD, denn sie profitieren ja gerade von dem Rechtsruck, vom Sozialabbau und der angestrebten Kriegstüchtigkeit.

Geändert werden muss die aktuelle Politik, die den Rechtsruck befördert.

Ein Kommentar,
der nicht Jedermann gefällt

Regierung greift in unsere Kassen Der Teufel schießt stets auf den größten Haufen

Die Art und Weise wie die Bundesregierung ihren Haushalt saniert hat vielfältige Proteste ausgelöst. So greift man jetzt erneut in die Rentenkasse. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht in den Plänen der Ampel, die Reserven der Rentenversicherung anzuzapfen, eine „massive Umverteilung von unten nach oben.“ Die Folge werden weitere Rentenkürzungen sein.

Die Pläne der Bundesregierung, zur Haushaltsanierung die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung für die Jahre 2024 bis 2027 um jeweils 600 Millionen Euro zu kürzen, gehen einseitig auf Kosten der Beschäftigten.

Die Rentenversicherung betont, dass dadurch die Reserve der Rentenkasse, die sogenannte



Nachhaltigkeitsrücklage, in den kommenden Jahren schneller abgebaut wird, um die Rentenzahlungen zu finanzieren.

Und es geht noch weiter im Sozialbereich: So können sich die gesetzlichen Krankenkassen darauf einstellen, dass der Bund kein Geld zur Verfügung stellen wird, um etwaige Finanzierungslücken zu schließen. 2024 erwarten diese ein Minus von 3,4 Milliarden Euro – früher hatte der Bund eine solche Lücke mit Zuschüssen ausgeglichen. Das passiert jetzt nicht mehr, so dass sich die Kassen gezwungen sehen werden, auch ihre Beiträge weiter zu erhöhen.

Bezirksvorstand am 24. Januar 24:

Susanne wurde einstimmig zur neuen Bezirksvorsitzende gewählt

Der ver.di Bezirksvorstand Region Saar Trier wählte auf seiner Sitzung am 24. Januar in Saarbrücken die 38jährige Susanne Kasztantowicz einstimmig zur neuen Vorsitzenden des Bezirksvorstandes an Saar und Mosel. Die Neuwahl wurde notwendig, da die bisherige Vorsitzende Yvonne Fegert das Amt aus per-



Kollegin Susanne Kasztantowicz wurde Vorsitzende des Bezirksvorstandes der ver.di Region Saar Trier. Sie arbeitet im saarländischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit. Zuvor war sie Mitglied im saarländischen Landtag und Beschäftigte bei der Arbeiterwohlfahrt.

sönlichen Gründen niedergelegt hatte, was vom Vorstand sehr bedauert wurde.

Unsere Kollegin Monika Guss und der Kollege Michael Quetting nahmen erstmalig an der Vorstandssitzung teil, die Mitgliederversammlung hatte sie im Sommer benannt, es dauerte bis der Bezirksvorstand mit der Bildung des Ortsvereins einverstanden war.

Kollegin Kasztantowicz wurde in Berlin geboren, ist aber seit Jahren auch in Rheinland-Pfalz und dem Saarland bekannt. Sie ist seit über zehn Jahren ver.di Mitglied und war anfänglich bei der ver.di Jugend, später bei den

ver.di Frauen aktiv. 2015 gründete sie einen Personalrat. Aktuell ist sie stellvertretende Vorsitzende des Bezirksfrauenrats und Mitglied im Bezirksvorstand. Sie bringt somit umfassende Erfahrung und Fachwissen in ihre neue Funktion mit.

Susanne leitet das Kabinettsreferat im saarländischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit. Sie ist Vorsitzende der SPD St. Ingbert-Mitte und war stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos.

Die Kollegin hat in Mainz Rechtswissenschaften studiert, ihre Magistra erwarb sie an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. 2021 bis 2022 war sie für ein paar Monate auch Mitglied im Landtag. Vorher arbeitete sie als sozialpolitische Grundsatzreferentin bei der Arbeiterwohlfahrt im Saarland.

„Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde“, sagte Susanne Kasztantowicz nach ihrer Wahl. „Schwerpunkte meiner Arbeit werde ich bei der Stärkung des Ehrenamtes und der besseren Vernetzung setzen. Es gilt die massiven Veränderungen in der Arbeitswelt aktiv als Stimme der abhängig Beschäftigten mitzugestalten, Arbeitsbedingungen zu verbessern und Tarifbindung zu stärken. Auch im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder moderner Arbeitszeitmodelle gibt es noch viel zu tun.“

Der ver.di Ortsverein Saar gratuliert Kollegin Kasztantowicz zu ihrer Wahl. Yvonne wird voraussichtlich vom Frauenrat in den Vorstand delegiert werden.



Ehrenamt und Hauptamt. Susanne mit ihrem Geschäftsführer Thomas Müller